

| | |
|----------------------|---------------------------------|
| Antragsteller | Vorstand FB 5 - Hannover Umland |
|----------------------|---------------------------------|

| | |
|--------------------------|--|
| Titel des Antrags | Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen GATS |
|--------------------------|--|

Die Landesfachbereichskonferenz beschließt:
Der Landesfachbereichsvorstand und der Bundesfachbereichsvorstand FB 5 werden aufgefordert, die Diskussion über das geplante Dienstleistungsabkommen GATS zu führen und breiten Protest gegen die Verhandlungen und die Auswirkungen von GATS zu organisieren.

Begründung:
Mit den gegenwärtigen - weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden - Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade Services (=Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) bereitet die Welthandelsorganisation WTO einen weiteren Liberalisierungsschub vor. Auch bislang geschützte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen wie das Bildungswesen, der Gesundheitssektor und die Wasserversorgung sollen den Gesetzen des Marktes unterworfen und für internationale Großkonzerne zugänglich gemacht werden. Bis Ende März 2003 müssen die WTO-Staaten und damit auch die Bundesrepublik mitteilen, welche Marktöffnungsangebote sie ausländischen Staaten beziehungsweise Investoren machen. Auch für den Bildungsbereich hat dies verheerende Auswirkungen:
Bildung wird als ein potenzieller weltweiter Markt gesehen, der auf einen Wert von 2 Billionen US Dollar geschätzt wird. Vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung steht alles den Profitinteressen privater Anbieter offen. Damit hätten z.B. ausländische Hochschulfilialen Anspruch auf Mittel nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, private Schulfirmen, die es in den USA seit langem gibt, könnten Kindergärten und Schulen übernehmen. Die Ausweitung des privaten Einflusses auf die Bildung kann viele Formen annehmen. Schon jetzt sind zu beobachten: Rationalisierung und Effizienzorientierung zum Zweck der Kostenreduzierung; die Mittel dazu sind Dezentralisierung und Einführung teil-autonomer Institutionen, Wettbewerb, Ergebnisorientierung, Produktkennziffern. Bildung wird reduziert auf solche Faktoren, die ihren Marktwert verbessern.
Das Eindringen des privaten Sektors in den Bildungsbereich droht zu einem geteilten und ungleichen Bildungssystem zu führen. Die GATS-Regeln können praktisch verhindern, dass staatliche Subventionen selektiv öffentlichen Dienstleistungen zu Gute kommen. Dies eröffnet die Möglichkeit eines Bildungssystems, welches eine staatlich finanzierte Basisausbildung bietet, für die eine Finanzierung an alle Anbieter geht. Darüber hinaus würde es jedoch erlauben, dass Einzelne dies erweitern, indem sie zusätzliche Gebühren an private Anbieter bezahlen. Das GATS könnte einen Trend dramatisch vorantreiben, der sich weg vom universellen und gleichen Zugang zu einer freien, öffentlich angebotenen Bildung bewegt, hin zu der Ausbreitung eines Bildungssystems, das auf der Zahlungsfähigkeit von SchülerInnen und Studierenden beruht.
Für uns als Beschäftigte im Bildungsbereich stehen unsere Arbeitsbedingungen und – entlohnungen zur Disposition.

Antrag ging gleichlautend an folgende Gremien: